



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen	5
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	6
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Innenpolitische Entwicklungen	8
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	9
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

FES NEWS

- bitte folgen und besuchen Sie uns auf –
[@FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

1. Das Zypernproblem

Im Juni wurden die Gespräche zur Lösung des Zypernproblems nach einer zeitlich begrenzten Unterbrechung im Mai wiederaufgenommen. Der griechisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Anastasiades hatte seine geplanten Treffen mit den UN-Sondergesandten Espen Barth Eide und dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci abgesagt, nachdem letzterer an einem Abendessen während des UN-Gipfels zur humanitären Hilfe in Istanbul, dessen Gastgeber der türkische Präsident Recep Tayip Erdogan war, teilgenommen hatte. Akincis überraschendes Auftauchen bei dem Abendessen, an dem Anastasiades in seiner Funktion als Präsident der Republik Zypern teilnahm, wurde auf der griechisch-zypriotischen Seite als ein Versuch gewertet, Akincis Status aufzuwerten.

Am 2. Juni besuchten die beiden Politiker eine Veranstaltung des bi-kommunalen technischen Ausschusses für Bildung im House For Cooperation innerhalb der von der UN kontrollierten Pufferzone. 50 Schulkinder im Alter von 11-12 Jahren aus beiden Bevölkerungsgruppen nahmen an verschiedenen Workshops und Aktivitäten teil. Beide Volksgruppenführer kündigten bei der Veranstaltung die Wiederaufnahme der Gespräche nach dem „Istanbuler Zwischenfall“ für den 8. Juni an. In einer gemeinsamen, von der UN veröffentlichten Erklärung gaben die beiden Volksgruppenführer bekannt, die Gespräche intensivieren zu wollen und ab dem 17. Juni zwei Treffen pro Woche abzuhalten, um die verbleibenden Fragen zu besprechen. Des Weiteren wurden neue Themenkomplexe fest-

gelegt, die jeweils an einem der geplanten Treffen diskutiert werden sollen.

Bei den Treffen im Juni wurden laut Anastasiades große Fortschritte erzielt. Während des Treffens am 23. Juni wurden die Kompetenzen der Bundesregierung, wie z.B. die Unterzeichnung internationaler Verträge, sowie die Kooperationsabkommen zwischen der Bundesregierung und den Teilstaaten besprochen. Das nächste Treffen ist für den 1. Juli geplant.

Am 15. Juni empfingen Präsident Anastasiades und der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci getrennt die neue Sondergesandte des UN-Generalsekretärs in Zypern, Elizabeth Spehar. Spehar trat die Nachfolge von Lisa Buttenheim an. In der Zwischenzeit kehrte Andreas Mavroyiannis zu seinem Posten als griechisch-zypriotischer Verhandlungsführer zurück, nachdem der die Wahl zum Vorsitzenden der 71. Sitzung der UN-Generalversammlung gegen seinen Mitbewerber Peter Thomson verloren hatte.

Am 17. Juni gaben der für die Grenzübergänge zuständige technische Ausschuss, die Europäische Kommission und das Entwicklungsprogramm der UN (UNDP) die Ausschreibung für die an den Übergängen Dherynia und Lefka anfallenden Straßenarbeiten bekannt. Die Ausschreibungsfrist endete am 1. Juli.

Während eines Treffens zwischen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und dem griechischen Premierminister Alexis Tsipras am 18. Juni in Athen war auch das Zypernproblem ein Gesprächsthema.

Die Zypernfrage wurde auch auf dem 32. Kongress des Koordinierungskomitees „Gerechtigkeit für Zypern“ (PSEKA), der am 9. Juni in Washington DC stattfand, thematisiert. Die Gesprächsteilnehmer waren u.a. der US-Vizepräsident Joe Biden, der PSEKA-Vorsitzende Philip Christopher und eine Delegation anderer im Ausland ansässiger griechischer und zypriotischer Organisationen. PSEKA verabschiedete eine Resolution, in welcher vier vertrauensbildende Maßnahmen aufgeführt sind, welche zu einem erfolgreichen Abschluss der Zyperngespräche führen sollen. Diese bestehen aus folgenden Punkten: der sofortige und umfassende Abzug türkischer Soldaten von der Insel, die Wiederaufnahme der Begutachtung und Vermessung des eingezäunten Teils der Stadt Famagusta (Varosha) durch Experten beider Seiten, die Notwendigkeit eines beschleunigten Prozesses in der Frage der vermissten Personen und die Aufhebung der Beschränkungen bei der Veranstaltung von Gottesdiensten, die kürzlich von den türkisch-zypriotischen Behörden aufgelegt worden waren.

Der erste Auslandsbesuch des neuen türkischen Premierministers Binali Yildirim führte in den Nordteil Zyperns. Yildirim betonte die Notwendigkeit einer dauerhaften Lösung und sagte in diesem Zusammenhang, dass die Türkei ein dauerhaftes, gerechtes, tragfähiges, bi-zonales und bi-kommunales Model in Zypern begrüße. Aus diesem Grunde würden die Verhandlungen voll unterstützt. Solch eine Chance sollte nicht noch einmal verpasst werden. Die türkisch-zypriotische Seite arbeite in diese Richtung. Eine Lösung sei jedoch nur möglich, wenn die griechisch-zypriotische Seite die gleiche Ernsthaftigkeit an den Tag lege.

Des Weiteren schlug Yildirim vor, dass die beiden politischen Führer jeweils die Türkei und Griechenland „über Kreuz“ besuchen sollten. Anastasiades sollte demnach in die Türkei und Akinci nach Athen reisen. Yildirim wurde von dem stellvertretenden Premierminister für zypriotische Angelegenheit Tugrul Turkes, Finanzminister Naci Agbal und dem Minister für Forst- und Wasserwirtschaft Veysel Ergolu begleitet.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, der Cyprus Academic Dialogue und die australische Botschaft organisierten gemeinsam in der Pufferzone in Nikosia eine Veranstaltung mit dem Titel „Leben in einem föderalen Zypern“. Anastasiades und Akinci nahmen ebenfalls an der Veranstaltung teil. In seiner Rede sagte Anastasiades, dass es nicht einfach sei, die über Jahre angewachsenen Schwierigkeiten auszuräumen. Er hoffe jedoch, dass der derzeitige Verhandlungsprozess bald mit einer Lösung abgeschlossen werden könne. Die angestrebte Lösung, welche die Bedenken und sensiblen Punkte beider Seiten berücksichtige, werde weder Gewinner noch Verlierer hervorbringen. Man werde daran arbeiten, noch 2016 eine Lösung zu finden. Akinci betonte wiederum in seiner Rede, dass sich die türkischen und griechischen Zyprioten gegenseitig nicht als Feinde betrachten sollten, sondern als künftige Partner. Man habe sich in den vergangenen 50 Jahren zu Genüge gegenseitig verletzt. Nun sei es an der Zeit, eine neue Partnerschaft zum Nutzen beider Seiten ins Leben zu rufen. Man arbeite auf dieses Ziel hin. Dies sei eine Verpflichtung gegenüber unseren Kindern und zukünftigen Generationen, und man sei sich dieser Verantwortung bewusst.

2. Gasvorkommen

Laut Energieminister Giorgos Lakkotrypis wird das französische Ölonternehmen Total aller Wahrscheinlichkeit nach die Suche nach Erdgas in dem vor Zyperns Küste gelegenen Block 11 Anfang 2017 aufnehmen. Derweil erwartet die Regierung, dass die Angebote für die dritte Explorationsrunde für Erdgas und –öl bis zum Ablauf der Frist am 22. Juli vorliegen. Außerdem wurden weitere Bereiche in den Blöcken 6, 8 und 10 für die dritte Lizenzvergaberunde freigegeben.

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Israel könnten den Weg für einige lukrative Vereinbarungen mit Hinblick auf die Gasproduktion im östlichen Mittelmeer ebnen. Es gibt Befürchtungen, dass Zypern von den Plänen ausgeschlossen sein könnte. Die Annäherung zwischen der Türkei und Israel könnte erneut Pläne auf den Tisch bringen, wonach eine Pipeline von dem israelischen Leviathan-Feld zur türkischen Küste durch Zyperns exklusiver Wirtschaftszone führen könnte. Israel, das seine Beziehungen zu Zypern nicht gefährden möchte, würde eine Zustimmung Zyperns in dieser Frage bevorzugen, obwohl diese nicht notwendig ist. Zypern hat wiederholt betont, dass es eine israelisch-türkische Pipeline, welche durch seine exklusive Wirtschaftszone führt, ablehne, solange keine umfassende Lösung des Zypernproblems gefunden sei. Laut Regierungssprecher Nicos Christodoulides habe der israelische Premierminister Benjahmin Netanjahu zugesichert, dass die zypriotisch-israelischen Beziehungen durch eine

intensivierte Zusammenarbeit zum Wohle beider Länder vertieft würden.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Das Ergebnis des Brexit-Referendums, wonach 52% der Briten, die an der Abstimmung teilnahmen, die EU verlassen wollen, rief Befürchtungen hinsichtlich der Folgen für die zypriotische Wirtschaft hervor. Laut des Vorsitzenden der zypriotischen Industrie- und Handelskammer KEVE Phidias Pilides könnten wichtige Bereiche der zypriotischen Wirtschaft betroffen sein, da Zypern einen wichtigen Verbündeten innerhalb der EU in den Verhandlungen um einen einheitlichen Steuersatz, den Zypern ablehnt, verloren habe.

Die Sekundärmarktrendite zypriotischer Staatsanleihen, die im November 2025 fällig sind, stieg am 27. Juni, nach dem Brexit-Referendum, um 16 Punkte auf 3.92%. Das fallende Pfund könnte Urlaubsreisen in Europa, und somit auch nach Zypern, für britische Bürger verteuern und deren Kaufkraft mindern. Für Zypern ist Großbritannien traditionell der größte Markt im Tourismusbereich. Letztes Jahr lagen die Einnahmen durch den Tourismus bei 2,1 Milliarden Euro. 40% der 2,7 Millionen Touristen kamen aus Großbritannien. In der zypriotischen Wirtschaft liegt der Anteil der Einnahmen aus dem Tourismus bei 25%. Im Mai nahm die Zahl der ankommenden Touristen im Vergleich zum

Vorjahresmonat um 19% zu und lag bei 364.943.

Laut dem Vize-Präsidenten der Bank of Cyprus Wilbur Ross könnte der zyprische Finanzsektor von dem Ausgang des britischen Referendums profitieren. Die zyprische Regierung sollte mit Irland und Frankfurt um die Umsiedlung der in London ansässigen Finanzunternehmen, welche ihre Dienstleistungen an einen anderen Ort innerhalb der EU verlegen wollen, konkurrieren.

Die zyprische Zentralbank erwartet für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,7%. Diese Zahl liegt um 0,5% höher als die neuesten Prognosen des Finanzministeriums. Letztes Jahr lag das Wachstum bei 1,6%. Gleichzeitig nahm der Wert der notleidenden Kredite bei den zyprischen Banken im März um fast 1,1 Milliarden Euro auf 25,7 Milliarden Euro ab. Dies entspricht 48,4% des Gesamtvolumens der Kredite zyprischer Banken. Zum ersten Mal lagen die notleidenden Kredite somit unterhalb der 26 Milliarden-Marke.

Laut eines Berichts des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vom 16. Juni müsse Zypern seine Reformbestrebungen im öffentlichen Bereich fortsetzen, die notleidenden Kredite verringern und die Flexibilität am Arbeitsmarkt steigern, um das langfristige Wachstumspotential und seine Attraktivität als Investitionsstandort zu stärken.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 18. Juni brach einer der größten Waldbrände in Zyperns jüngster Geschichte in dem

Gebiet um Evrychou aus. Der Brand wurde durch einen 12-jährigen Jungen verursacht, der mit einem Feuerzeug spielte. Innerhalb kürzester Zeit breitete sich das Feuer in der Region um Solea aus und verursachte enorme Schäden in dem Waldgebiet und den umliegenden Dörfern. Das Feuer, bei dem zwei Feuerwehrleute ums Leben kamen und drei weitere verletzt wurden, wütete auf einer Fläche von mehr als 18km². Löschflugzeuge aus Zypern, Israel, Griechenland, Großbritannien, Frankreich und Italien kämpften gegen die Flammen im Troodos-Gebirge. Die Türkei bot ebenfalls ihre Hilfe an, nahm jedoch später davon Abstand. Die Regierung hatte verlangt, dass die Türkei mit den anderen ausländischen Helfern kooperieren müsse und die türkischen Löschflugzeuge somit zuerst in der Republik Zypern landen müssten. Der türkisch-zyprische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci bot ebenfalls Hilfe an, die jedoch von Präsident Anastasiades als nicht notwendig erachtet wurde.

Am 2. Juni wurde Demetris Syllouris von der Solidaritäts-Bewegung und ehemaliger Vorsitzender der EVROKO mit Unterstützung der DISY zum neuen Parlamentssprecher gewählt. Syllouris erhielt 21 Stimmen, gefolgt von Averof Neophytou (DISY) mit 18 Stimmen, Andros Kyprianou (AKEL) mit 16 Stimmen, Marinos Sizopoulos (EDEK) mit 17 Stimmen und Giorgos Perdakis von den Grünen, der 2 Stimmen erhielt. Die Abgeordneten konnten ihre Hand während jeder Abstimmung zweimal heben. Somit stimmten in der dritten Runde die Abgeordneten der DISY sowohl für Syllouris, welcher an seiner Nominierung festhielt, und danach symbolisch für ihren eigenen Kandidaten, Neophy-

tu. Die Oppositionsparteien reagierten auf das Ergebnis und kritisierten, dass sich Anastasiades direkt eingemischt habe, um eine mögliche Wahl von Sizopoulos zu verhindern.

In einem Brief vom 7. Juni schlug Sizopoulos jenen Parteien, die ihn bei der Wahl zum Parlamentssprecher unterstützt hatten (nämlich DIKO, die Bürgerallianz und die Grünen), vor, ihre Zusammenarbeit auf das Zypernproblem auszuweiten, um eine harte und kompromisslose Front im derzeitigen Verhandlungsprozess zu bilden.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Der Arbeitskampf an den Flughäfen zwischen der PEO und SEK auf der einen Seite und LGS und Swissport auf der anderen konnte nicht beigelegt werden. Nachdem die Gewerkschaften den Schlichtungsvorschlag des Ministeriums für Arbeit abgelehnt hatten und mit Streikaktionen gedroht hatten, falls die Arbeitgeber nicht zu Verhandlungen bereit seien, akzeptierten beide Seiten eine vom Ministerium vorgeschlagene einmonatige Auszeit, womit ein Streik verhindert werden konnte.

Im ersten Quartal 2016 lag die Rate freier Arbeitsstellen bei 1%. Dies ist ein Rückgang von 0,1% und somit ist Zypern zusammen mit Griechenland und Irland eines der drei einzigen EU-Länder, die einen Rückgang verzeichnen konnten.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt im Vergleich mit der allgemeinen Arbeitslosenrate langsamer ab. Daher konzentriert sich die

Entwicklungsbehörde für Humanressourcen (ANNAD) auf jene 20.000 Arbeitslosen, die länger als sechs Monate ohne Anstellung sind. Dies entspricht etwa der Hälfte aller registrierten Arbeitslosen. Mit dem neuen Programm sollen Arbeitgeber bezuschusst werden, die bereits Langzeitarbeitslose eingestellt haben oder dies in Zukunft planen. Das Programm hat eine Laufzeit von sechs Monaten und dauert vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2016. Insgesamt 420 Personen sollen angesprochen werden. Es können sich jene Arbeitgeber bewerben, welche in den letzten acht Monaten nicht jene Stellen gestrichen haben, die sie im Rahmen des Programms vergeben. Der Zuschuss soll bis zu 80% der Kosten decken oder maximal 1.000 Euro pro Monat betragen. Die Arbeitnehmer sollen entsprechend den bestehenden Tarifvereinbarungen bezahlt werden, oder, falls diese nicht vorhanden sind, das gesetzliche Mindesteinkommen bekommen, auch wenn die Stelle nicht unter die gesetzliche Regelung fällt. Am Ende des sechsmonatigen Programms erhalten die Arbeitgeber einen Zuschuss in Höhe von vier Monatsgehältern.

Die Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK kritisierte die Bank of Cyprus dafür, dass sie 75 Anträge auf eine freiwillige Vorruhestandsregelung abgelehnt hatte. ETYK habe eng mit dem Management der Bank zusammengearbeitet, um möglichst viele Angestellte anzusprechen und somit eine zukünftige Krise zu vermeiden. ETYK bezog sich auf zwei frühere Vorruhestandsregelungen der Bank, bei deren Verlauf Druck auf die Arbeitnehmer ausgeübt worden war. Auch im Zusammenhang mit der dritten Regelung habe das Management mit Entlassun-

gen gedroht, falls das angestrebte Ziel nicht erreicht werde, obwohl ETYK für diesen Fall mit Streikaktionen gedroht hatte. Daher war ETYK der Meinung, dass die Bank alle Anträge hätte annehmen müssen. In jenen Fällen, in denen die Bank nicht auf die Angestellten eingegangen sei, müsse in der Personalakte vermerkt werden, dass sie „für die Bank unabkömmlich“ seien.

Alle in den Häfen vertretenen Gewerkschaften unterstützten einen 24 Stunden dauernden Streik der Angestellten der zypriotischen Hafenbehörde, um gegen ein laufendes Disziplinarverfahren gegen einen Gewerkschaftsvertreter zu protestieren.

Der Disput in der Hotelbranche flammte wieder auf, nachdem die Hoteliers die neuen Regelungen des Ministeriums für Arbeit hinsichtlich der Fünf-Tage-Woche in ihrem Sinne interpretierten. Das grundsätzliche Problem in der Hotelbranche sind die unterschiedlichen Angestelltenverhältnisse, da ein Teil der Beschäftigten im Rahmen der bestehenden Tarifvereinbarungen eingestellt wurde, während der andere Teil individuelle Arbeitsverträge hat. Dieser Anteil nimmt seit mehr als zehn Jahren stetig zu und die Haltung des Ministeriums, wonach die Tarifvereinbarungen nicht zwingend eingehalten werden müssten, veranlasste den größten Hotelverband PASIXE zu der Stellungnahme, dass die Arbeitgeber das Recht hätten, individuelle Arbeitsverträge abzuschließen, deren Bedingungen nicht jenen in den Tarifvereinbarungen entsprechen müssten. PEO und SEK drohten mit Streikaktionen und beschuldigten das Ministerium die bestehenden Arbeitsverhältnisse zu

untergraben. Ein Streik konnte vermieden werden als die Ministerin bekannt gab, dass die neuen Regelungen nicht dazu missbraucht werden sollten, die bestehenden Gehälter oder Sozialleistungen zu kürzen.

Das Ministerium für Arbeit zeichnete 15 Organisationen und Firmen für ihre „gute Beschäftigungspraxis“ aus, während 30 Unternehmen zumindest eine gute Beschäftigungspraxis eingeführt hatten. Dies beinhaltet zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub, einen weiteren Monat Mutterschaftsurlaub mit 50%iger Gehaltsfortzahlung, zusätzliche Sozialleistungen während des viermonatigen Mutterschaftsurlaubs, finanzielle Unterstützung für Kindergartenbetreuung, spezielle Regelungen für arbeitende Mütter, Urlaub für den ersten Schultag, Vorschriften gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sowie Arbeitsgruppen für gleiche Arbeitsbedingungen. Diese Maßnahmen sind zusätzlich zu den in den bestehenden Gesetzen festgelegten Vereinbarungen. Obwohl die Kosten gering sind, so sind diese Maßnahmen von Vorteil für den einzelnen Angestellten, die Gesellschaft sowie die betroffenen Firmen und Organisationen.

Das Ministerium für Arbeit unternimmt Versuche, jene Personen, die das gesetzlich vorgeschriebene Mindesteinkommen beziehen und arbeiten können, wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Dies sei keine „Zwangsarbeit“ sagte die zuständige Ministerin, sondern der Versuch, den Betroffenen zu helfen, wieder „aktiv zu sein“. Der Plan sieht ein viermonatiges Training in der Hotelbranche ohne Kürzung des Mindesteinkommens vor, wobei sich die

Betroffenen jedoch verpflichten acht Monate zu arbeiten. In dieser Zeit bezuschusst das Ministerium die Gehälter zu 60%. Die Zuschüsse sind Teil eines EU-Förderprogramms. Es sei nicht beabsichtigt, das Mindesteinkommen zu kürzen, sodass die betroffenen Personen ein Gehalt von 400 – 500 Euro bezögen, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, eine Anstellung mit einem vernünftigen Gehalt zu verschaffen. Jeder Fall werde einzeln geprüft, um den Eindruck zu vermeiden, dass es sich um „Zwangsarbeit“ handle.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach der Ratifizierung durch das türkisch-zypriotische Parlament am 20. Juni, trat das wirtschaftliche und finanzielle Hilfsprotokoll zwischen der Türkei und der „TRNZ“¹ mit einer dreijährigen Laufzeit in Kraft. Das Gesetz wurde mit 26 Stimmen der insgesamt 50 Abgeordneten verabschiedet. Das Protokoll beinhaltet

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

einen Zeitplan für die Privatisierung der Häfen und der Telekommunikationsbehörde. Des Weiteren sollen die Dienstleistungen des Stromversorgers aufgeteilt werden, um so dessen Privatisierung vorzubereiten. Daneben gibt es einen Zeitplan für einen Stromtransfer von der Türkei in den Norden der Insel mit Hilfe eines Unterwasserkabels. Der Generalsekretär der stärksten Oppositionspartei CTP (Republican Turkish Party), Tufan Erhurman, gab bekannt, dass man eine Privatisierung und die Übergabe der türkisch-zypriotischer Einrichtungen [an türkisches Kapital] nicht akzeptieren werde.

Innenpolitische Entwicklungen

Das türkisch-zypriotische Parlament ratifizierte ein Protokoll zwischen der türkisch-zypriotischen und der türkischen Regierung, welches die Gründung eines in der Türkei ansässigen Koordinationsbüros des türkischen Ministeriums für Jugend und Sport im Norden Zyperns vorsieht. Laut der Vereinbarung werde die Türkei dabei helfen, Jugendcamps und Sporteinrichtungen unter der Leitung des Koordinationsbüros einzurichten. Die Angestellten, auch Ortskräfte, sollen durch die Türkei ausgewählt und von dort eingestellt werden. Die Abstimmung fand in den frühen Stunden des 14. Juni nach einer Marathon-Sitzung des Parlaments statt. Obwohl die Vereinbarung von der Koalitionsregierung unter der CTP und der DP im März 2014 unterzeichnet und vom Ministerrat abgesegnet worden war, war es dem Parlament nicht zur Ratifizierung vorgelegt worden, weil man öffentliche Proteste vermeiden wollte. Die Opposition verurteilte das Protokoll, da dadurch

gewisse Befugnisse an Ankara abgetreten würden. Außerdem wird die Behörde als ein weiterer Schritt einer Politik gewertet, die darauf abzielt, die türkischen Zyprioten zu assimilieren. Eine Plattform mit dem Namen „Wir sind dagegen“ (reddediyoruz) organisierte am 27. Juni einen Protestmarsch gegen die Umsetzung des Protokolls. Nach einer Beratung mit allen im Parlament vertretenen Parteien schickte Akinci den Gesetzesentwurf zur Überprüfung an das Verfassungsgericht.

Am 27. Juni begann die Verteilung des aus der Türkei in den Norden geleiteten Wassers an alle teilnehmenden Gemeinden. Famagusta und Morfou waren die ersten Städte, die mit Wasser beliefert wurden. Während der einjährigen Umstellungsphase wird das türkische Generaldirektorat der staatlichen Wasserwerke (DSI) die Aufsicht führen, bis eine Vereinbarung über das Management, die Verteilung und Abrechnung des Wassers getroffen wird. Der Stadtrat von Nikosia lehnte eine Teilnahme der Stadt während der Umstellungsphase mit 11 zu 9 Stimmen ab. Es wird jedoch eine zweite Wahl erwartet.

Derweil wurde die Höhe des vorübergehenden Wasserpreises, der bei 2,3 Türkischen Lira (TL) pro Kubikmeter liegt, von der Opposition kritisiert. In einer schriftlichen Erklärung der CTP wurden alle Gemeinden aufgefordert, gemeinsam mit dem türkisch-zypriotischen Städte- und Gemeindebund ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase zu vereinbaren und den Staat zu überreden, den Wasserpreis zu subventionieren. Die CTP begründete dies damit, dass sich das Wasser basierend auf dem derzeitigen

Preis künftig verteuern werde und die Gemeinden dadurch zahlungsunfähig würden.

Der Generalsekretär der Republican Turkish Party (CTP) und Abgeordnete für Nikosia, Tufa Erhurman, gab bekannt, dass er sich auf dem nächsten Parteikongress um den Parteivorsitz bewerben werde. Der derzeitige Vorsitzende und ehemalige Präsident Mehmet Ali Talat hatte vor einem Monat angekündigt, dass er sich nicht mehr zur Verfügung stellen werde. Er hatte auch erklärt, dass es nur einen Kandidaten geben werde. Nach internen Beratungen innerhalb der CTP habe sich Erhurman entschieden, den Vorsitz anzustreben. Er wolle eine Partei schaffen mit einer Politik, die auf Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit ausgerichtet sei. Die Öffentlichkeit brauche eine Partei mit erfahrenem, dynamischem Führungspersonal, welches das Vertrauen der Bevölkerung habe. Die CTP werde auf der Grundlage linker Werte an ihrer Erneuerung arbeiten.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Der für das Mindesteinkommen zuständige Ausschuss, der sich aus Vertretern der Arbeitgeber und –nehmer sowie der Regierung zusammensetzt, beschloss eine Erhöhung des Mindesteinkommens um 104 TL auf 1.834 TL (570 Euro). Die Arbeitgeber wollten das Mindesteinkommen auf 1.762 TL festlegen, während die Arbeitnehmervertreter 2.450 TL verlangten. Die Gewerkschaften kritisierten die Entscheidung und verließen das Treffen ohne an der Abstimmung teilzunehmen.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Juli

10.-22. 07. 2016

ECPR/UCY/FES
Workshop

International Summer School in Peace & Conflict Studies

University of Cyprus,
Nikosia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung



August

10.-16. 08. 2016

WINPEACE / FES
Workshop

PEACE EDUCATION AND CITIZENS' RESPONSIBILITY

Kyrenia, Zypern
Nicht-öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FESCyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com